



Antrag

Fraktion AfD

Ablehnung politisch motivierter Gewalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mitglieder des Hohen Hauses sprechen sich entschieden gegen jede Art von Gewalt als Mittel des politischen und gesellschaftlichen Diskurses in Deutschland aus und setzen sich in jeder ihr möglichen Form dagegen ein.

Begründung

Die Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag von Sachsen-Anhalt lehnt jede Form von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Diese Selbstverständlichkeit, welche Voraussetzung für einen freien Meinungs-austausch, eine offene politische Debatte und die individuelle Meinungsbildung ist, scheint in großen Teilen unserer Gesellschaft verloren zu gehen.

Übergriffe auf Abgeordnetenbüros, wie zuletzt auf das Büro des LINKE-Fraktionsvorsitzenden Swen Knöchel in Zeitz, Angriffe auf bürgerliche Gruppierungen, beispielsweise der neuerliche Anschlag auf die Räumlichkeiten der Initiative „Buntes Roßlau“ oder die linksmotivierten Brandanschläge auf Amtsgericht, Landgericht und Staatsanwaltschaft am 19. Januar 2017 in Dessau-Roßlau belegen diese politische und gesellschaftliche Fehlentwicklung.

Auch der tätliche Angriff auf den AfD-Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg am 7. Januar 2017 am Rande einer linken Demonstration in Dessau-Roßlau oder die gewalttätigen Ausschreitungen, die zum Abbruch einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der „Campus-Alternative“ an der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität am 12. Januar 2017 führten, weisen deutlich auf den Verfall des demokratischen politischen Diskurses hin.

Gerade die Ausschreitungen an der Magdeburger Universität zeigen klar auf, dass politisch motivierte Gewalt, hier in Teilen des linken Spektrums, scheinbar legitimes

(Ausgegeben am 26.01.2017)

Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Körperverletzung und weitere Straftaten werden dabei billigend in Kauf genommen. Vom virtuellen Applaus in den sozialen Netzwerken bis hin zum ausdrücklichen Lob des Herrn Dekan Prof. Dr. Michael Dick reicht die Würdigung der gewaltsamen und ggf. verfassungsfeindlichen Verhinderung der Veranstaltung der „Campus-Alternative“.

Die AfD-Fraktion erwartet daher ein deutliches gemeinsames fraktionsübergreifendes Zeichen gegen jegliche Form von Gewalt im politischen Diskurs in Sachsen-Anhalt. Dieser Konsens soll dann aktiv durch die einzelnen Fraktionen und Abgeordneten in ihre nachgelagerten Gremien, Stiftungen, Verbände und weiteren Gliederungen getragen werden.

André Poggenburg
Fraktionsvorsitzender